

Die steirische KPÖ fordert:

- Überführung sämtlicher Banken und Versicherungskonzerne in **öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle**. Der Banken- und der Versicherungssektor muss endlich wieder auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden.
- Öffentliches Geld darf nur im Tausch gegen **öffentliche Eigentumsrechte** freigegeben werden. Der Staat erhält mit jedem Euro Steuergeld voll stimmrechtsfähige Aktien.
- Wir verlangen die **Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen** und ein **Verbot spekulativer Finanzgeschäfte**.
- **Zinsmoratorium** für die Schulden der öffentlichen Hand.
- **Schluss mit** der Unterstützung von Aktienkäufen und von **kapitalgedeckten Altersvorsorgemodellen** (private Pensionsfonds) aus Steuermitteln. Dafür Ausbau der staatlichen Unterstützung bei freiwilliger Höher- und Weiterversicherung im staatlichen **Umlagepensionssystem**.
- Wiedereinführung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer bei großen Vermögen.
- Steuergeld muss in erster Linie dafür verwendet werden, um die **Kaufkraft der Bevölkerung** zu stärken und die Wirtschaft zu beleben.
- In diesem Zusammenhang fordern wir ein staatliches **Wohnbauprogramm** zur Schaffung von leistbarem Wohnraum in öffentlichem Besitz.

„Die KPÖ kämpft gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht. Nun zeigt sich, das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem ist zum Casino geworden. Beides braucht klare Regeln und Beschränkungen – bis hin zum völligen Verbot.“

KPÖ LAbg.

Ernest Kaltenegger



**Wir verteidigen unsere Geldbörse.
Sie verteidigen die Spekulanten
und ihre Börse.**

KPÖ zum Weltspartag

Kein Kredit mehr



für den Kapitalismus

Arbeitende Menschen, Pensionisten, Häuslbauer müssen schauen, wo sie bleiben, wenn ihnen das Geld ausgeht oder die Bank den Kredit fällig stellt. Niemand zahlt ihre Schulden, wenn ihnen das Geld ausgeht. Anders bei den Banken: Wenn sie Milliarden verspekulieren, muss die Bevölkerung dafür gerade stehen.

Gewerkschaftlicher
**LINKS
BLOCK**
GLB

KPÖ

www.kpoe-steiermark.at ••• Tel. 0316/ 71 24 79

Globale Finanzkrise

Warum wir alle darunter leiden

Werte werden durch Arbeit geschaffen, nicht durch Spekulationsgeschäfte

Die Finanzkrise zeigt die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit sehr deutlich auf. Leute, die Arbeit haben, müssen immer mehr leisten. Ihre Leistung wird immer schlechter bezahlt. Fast jeden Tag müssen wir Arbeiter und Angestellten um unseren Arbeitsplatz zittern. Ja, wir sollen gar dankbar dafür sein, dass wir arbeiten dürfen. Tatsächlich ist die Arbeitskraft, die die realen Werte schafft, auf dieser Welt eindeutig unterbewertet.

In der internationalen Finanzwelt werden über Finanztransaktionen Summen transferiert, die es in der realen Wirtschaft gar nicht gibt. Es ist eine verkehrte Welt, dass steinreiche Finanzhaie und Finanzmanagerden kleinen Arbeitern, die all die bestehenden Werte erst geschaffen haben, die Welt erklären wollen.

Verstaatlichung auf Amerikanisch

Jetzt gibt es plötzlich eine Finanzkrise, ausgehend von den großen amerikanischen Banken – und siehe da: Im Geburtsland des Kapitalismus rufen die Finanzhaie den Vater Staat zu Hilfe: Jetzt soll er – also die Allgemeinheit – für ihre Schulden die Generalhaftung übernehmen. Sogar von Verstaatlichung ist die Rede. Es hat sich herausgestellt: Werte, die gar nicht da sind, können eben nur scheinbar verwaltet werden. Diese Blase ist geplatzt.

Verstaatlichung – so wie wir sie uns vorstellen – bedeutet nicht, dass der Staat als Lückenbüßer einspringt und die Verluste Privater abdeckt, sondern dass er im Sinne der Allgemeinheit agiert. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wären verschärfte Kontrollen und Regulative auf dem Finanzsektor, ein weiterer die Rückführung privatisierter Bereiche der Daseinsvorsorge, damit diese nicht von Spekulations- und Profitgedanken geleitet, sondern im Interesse der Bevölkerung geführt werden.

Von Peter Scherz,
Arbeiterkammerrat des
Gewerkschaftlichen Linksblocks,
Betriebsrat bei Magna-Steyr



Ehrlich verdientes Geld verspielt

Angesichts der aktuellen Entwicklungen liegt auf der Hand: Nicht die Beschäftigten sind es, die sich wie Bittsteller zu fühlen haben, sondern vielmehr all jene, die als Finanzmanager fungieren. Doch was passiert tatsächlich? Wir haben jetzt eine Situation, in der man den kleinen Sparerinnen und Sparern garantiert, dass ihre Einlagen gesichert sind. Ist das nicht im Grunde eine Unverschämtheit? Wir haben das durch Arbeit ehrlich verdiente Geld in gutem Glauben einer Bank überlassen. Da dürfte nicht einmal der Gedanke aufkommen, dass dieses Geld in Gefahr sei. Die Banken haben das Geld aber zu Spekulationszwecken verwendet.

Wer zahlt den Schaden?

Doch statt die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und das Geld, das unrechtmäßig den Falschen ausgezahlt wurde, zurückzufordern, gibt es Garantieerklärungen. Die Belastungen werden wieder auf die Falschen, nämlich auf die einfachen Menschen abgewälzt.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht hat es sich erwiesen, dass Finanzhaie im Grunde völlig überflüssig sind. Kleine Sparer hingegen bringen das Geld, das sie erarbeitet haben. Es ist durch reale Werte gedeckt. Es kann also nicht sein, dass wir Kleinen für das Geld, das man uns ungefragt weggenommen hat, auch noch gerastehen müssen!

klein, aber mit biss



KPÖ
Mehr Informationen
unter:
www.kpoe-steiermark.at

Um den Lebensstandard der Bevölkerung zu sichern, fordert die steirische KPÖ:

- **Privatisierungsstopp** in Bund, Land und Gemeinden. Schaffung, Schutz und Förderung von öffentlichem Eigentum.
- **Keine Erhöhung** von Tarifen und Gebühren in Bund, Ländern und Gemeinden
- **Gesetzliche Mietzinsobergrenzen** für alle Wohnungen, Entkoppelung der Verwaltungskosten von der jeweiligen Kategorie-A-Miete.
- Abschaffung der **Mehrwertssteuer** auf Grundnahrungsmittel, Mieten, Betriebskosten und Medikamente.
- Wiedereinführung der **amtlichen Preisregulierung** bei Grundnahrungsmitteln und Energie.
- **Kräftige Gehalts- und Pensionserhöhungen**, welche die Teuerung abdecken und die gewachsene Produktivität berücksichtigen.
- **Erhöhung** der Lehrlingsentschädigungen.
- **Lohnsteuersenkung** mit 1. 1. 2009
- **Inflationsausgleich** bei Arbeitslosengeld und Sozialhilfe und anderen Transferzahlungen.

Wie weiter?

Wir treten für ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ein, in dem nicht mehr der Maximalprofit, sondern ein gutes tägliches Leben der Menschen das Maß aller Dinge sind.

Man wollte uns weismachen, dass kein Geld vorhanden wäre, um Pensionen oder Sozialleistungen zu finanzieren. Jetzt sind auf einmal hunderte von Milliarden Euro da, mit denen man das Versagen des Finanzsystems reparieren will. Wer den Schaden angerichtet hat, soll auch die Rechnung dafür zahlen. Wir verlangen eine Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens von oben nach unten.